



## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Christopher Vogt (FDP)**

**und**

**Antwort**

**der Landesregierung - Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,  
Technologie und Tourismus (MWVATT)**

### **Risikobewertung der Ausfallbürgschaft für die KfW-Wandelanleihe für Northvolt – Teil II**

#### Vorbemerkung des Fragestellers:

Ministerpräsident Daniel Günther betonte gegenüber der Presse, dass sich das Land bei der Risikobewertung der Ausfallbürgschaft für die Northvolt-Wandelanleihe der KfW umfassend mit dem Bund abgestimmt und mit eigenen Fragen eingebracht habe. Es hätten sich demnach „keine Anhaltspunkte ergeben, dass es zu einer Inanspruchnahme einer Bürgschaft kommen würde.“<sup>1</sup>

#### Vorbemerkung der Landesregierung:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat das PwC-Gutachten und alle weiteren in Zusammenhang stehenden Gutachten dem Schleswig-Holsteinischen Landtag übersandt und aufgrund des Schutzes der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Northvolt als „Verschlussache Vertraulich“ klassifiziert. Das hindert die Landesregierung daran, im Wege einer Kleinen Anfrage offen über die Inhalte des Gutachtens zu sprechen. Die Landesregierung wird mit ihren Unterlagen so

---

<sup>1</sup> <https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/300-millionen-buergschaft-fuer-northvolt-faellig-war-sh-fahrtaessig-48077858>

transparent, wie es ihr rechtlich möglich ist, umgehen und den zuständigen Ausschüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages alle Unterlagen so detailliert und so schnell wie möglich im Rahmen des im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss sowie im Finanzausschuss am 12. Dezember 2024 beschlossenen Aktenvorlagebegehrens zur Verfügung stellen.

Die in der Vorbemerkung zitierte Passage war Teil der Gesamtstellungnahme der Staatskanzlei zu den Rückzahlungs- und Ausfallwahrscheinlichkeiten der Wandelanleihe, die im Gutachten von PwC beschrieben sind, und sie ist daher in einen Gesamtkontext einzuordnen.

1. Wann genau hat die Landesregierung erstmalig über
  - a. die bereits in 2023 aufgefallenen Produktionsausfälle bei Northvolt,
  - b. den Nettoverlust von Northvolt im Jahr 2023 in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar,
  - c. existenzgefährdende Entwicklungen bei Northvolt

von wem genau erfahren und wann genau wurde die Landesregierung jeweils über weitere Entwicklungen zu diesen Punkten informiert? Bitte ausführlich darstellen.

#### Antwort zu 1a.:

Die Landesregierung hatte im Jahr 2023 keine Hinweise darauf, dass das Unternehmen die im Gutachten beschriebenen Produktionsziele nicht erreichen würde. Über den aktuellen Stand der Schwierigkeiten bei der Produktion im schwedischen Werk Northvolt Ett wurde die Landesregierung Mitte 2024 informiert.

#### Antwort zu 1b.:

Die Landesregierung hat über die Höhe des Nettoverlustes Anfang Juli 2024 im Rahmen des veröffentlichten Sustainability and Annual Report 2023 der Northvolt AB Kenntnis erlangt. Die genaue Summe lag der Landesregierung demnach erst nach Vorlage des Jahresabschlusses im Jahr 2024 vor.

Verluste trotz steigender Umsätze von im Aufbau befindlichen Unternehmen bewertet die Landesregierung grundsätzlich als nicht unüblich. Die Unternehmensplanung war im Übrigen Gegenstand der Begutachtung von PwC.

#### Antwort zu 1c.:

Die Landesregierung hat im Juni 2024 über Presseberichterstattungen und direkte Informationen über negative Entwicklungen bei dem Unternehmen erfahren, die Kosteneinsparungen in Schweden erfordern. Die Presseberichterstattung und die direkte Information setzte sich in Folge fort. In den wöchentlich

stattfindenden Jour Fixes wurden von Seiten der Landesregierung diese Entwicklungen laufend thematisiert.

Die Landesregierung wurde Mitte September darüber informiert, dass das Unternehmen eine Brückenfinanzierung benötigt. Dies war auch Gegenstand von Presseberichterstattungen. Ein erster Schritt zur Sicherstellung der Brückenfinanzierung konnte im Oktober erreicht werden. Im Rahmen einer Videokonferenz mit dem BMWK am 30. Oktober 2024, an der neben der Arbeitsebene auch Staatssekretär Philipp, Minister und Chef der Staatskanzlei Schrödter und Staatssekretärin Carstens teilnahmen, wurde der Landesregierung auf Nachfrage mitgeteilt, dass die zu diesem Zeitpunkt geplante Brückenfinanzierung des Unternehmens kurz vor dem Abschluss stünde. Die Landesregierung wurde sodann auf Arbeitsebene am 15. November 2024 im Rahmen eines regulären Jour fixe mit der Arbeitsebene des BMWK informiert, dass Northvolt mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ein Sanierungs- bzw. Reorganisationsverfahren plant. In den Tagen davor wurde die Landesregierung darüber informiert, dass eine Brückenfinanzierung nicht gesichert ist. Ein Chapter 11 Verfahren wurde schließlich von Northvolt AB am 21. November 2024 beantragt.

Über weitere Entwicklungen wurde das Land durch das BMWK in den folgenden wöchentlichen bzw. später auch zwei Mal pro Woche stattfindenden Jour fixes informiert. Am 18. Dezember 2024 haben der Interims-Vorsitzende des Northvolt-Verwaltungsrates (Board of Directors) sowie Mitglieder des Northvolt-Managements den Ministerpräsidenten sowie den Minister und Chef der Staatskanzlei über den Stand des Chapter 11-Verfahrens in einer Videokonferenz informiert.

2. Wann und in welchem Umfang hat die Landesregierung selbst aktiv Unterlagen, Informationen etc. vom Bundeswirtschaftsministerium, von der KfW oder von Northvolt zur operativen, wirtschaftlichen sowie finanziellen Entwicklung des Unternehmens angefordert? Bitte ausführlich darstellen.

Antwort:

Das Land hat auf Arbeitsebene regelmäßig in den wöchentlichen stattfindenden Jour fixes mit dem BMWK über aktuelle Themen gesprochen und dabei auch aktiv Informationen und Unterlagen angefordert. Die Jour fixes fanden/finden immer freitags – bzw. aktuell dienstags und freitags statt und werden protokolliert. Folgend die wesentlichen Themen (lose Aufzählung ohne Ranking), zu denen das Land Informationen angefordert hat:

- Wirtschaftliche Entwicklung Northvolt AB
- Board Meetings
- Projektstand Northvolt Drei

- Ergebnisse der Steering Committee Sitzungen
- Branchentrends und Herausforderungen
- Auftragsstornierung BMW
- PWC-Gutachten
- Wandelanleihe
- TCTF-Förderung
- Northvolt Ett (u.a. Verkleinerung der Produktionskapazitäten in Schweden, Insolvenz der Northvolt Tochter „Northvolt Ett Expansion AB, Brückenfinanzierung)
- Chapter-11 Verfahren und die möglichen Auswirkungen auf die Wandelanleihe, das Vorhaben Northvolt Drei sowie die TCTF Förderung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat das PwC-Gutachten und alle weiteren in Zusammenhang stehenden Gutachten dem Schleswig-Holsteinischen Landtag übersandt und aufgrund des Schutzes der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Northvolt als „Verschlussache Vertraulich“ klassifiziert. Das hindert die Landesregierung daran, im Wege einer Kleinen Anfrage offen über die Inhalte des Gutachtens zu sprechen. Die Landesregierung wird mit ihren Unterlagen so transparent wie es ihr rechtlich möglich ist umgehen und den zuständigen Ausschüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages alle Unterlagen so detailliert und so schnell wie möglich im Rahmen des im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss sowie im Finanzausschuss am 12. Dezember 2024 beschlossenen Aktenvorlagebegehrens zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus hat die Arbeitsebene der Staatskanzlei insbesondere bei Anlässen wie der Pressemeldung vom 20.06.2024 anlässlich der BMW Auftragsstornierung und der Pressemeldung vom 02.07.2024 von P. Carlsson über die Konzentration des Northvolt-Konzerns auf das Kerngeschäft taggleich Kontakt mit Northvolt aufgenommen und um Aufklärung gebeten.